

Fragen

für die Fragestunde der 159. Sitzung des Deutschen Bundestages
am Mittwoch, dem 13. Mai 2020

Verzeichnis der Fragenden

<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>	<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>
Badum, Lisa (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	.. 8, 40	Kotting-Uhl, Sylvia (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)39, 53
Baerbock, Annalena (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)16, 58	Kühn, Stephan (Dresden) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)34, 35
Bayram, Canan (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)9, 45	Künast, Renate (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)10, 11
Beeck, Jens (FDP)4, 5	Luksic, Oliver (FDP)52, 61
Brandner, Stephan (AfD)24, 25	Müller, Claudia (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)1, 2
Friesen, Anton, Dr. (AfD)38, 54	Nestle, Ingrid, Dr. (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)22, 23
Gastel, Matthias (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)32, 33	Notz, Konstantin von, Dr. (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)20
Gehring, Kai (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)41, 42	Polat, Filiz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	...14, 55
Hänsel, Heike (DIE LINKE.)56, 57	Renner, Martina (DIE LINKE.)46
Herbst, Torsten (FDP)6, 29	Schinnenburg, Wieland, Dr. (FDP)17
Höchst, Nicole (AfD)43	Schmidt, Stefan (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)31, 60
Hoffmann, Christoph, Dr. (FDP)7	Schulz-Asche, Kordula (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)26, 27
Huber, Johannes (AfD)44	Seitz, Thomas (AfD)47, 48
Hunko, Andrej (DIE LINKE.)28, 51	Zimmermann, Sabine (Zwickau) (DIE LINKE.)3, 15
Jelpke, Ulla (DIE LINKE.)49, 50	Zimmermann, Pia (DIE LINKE.)18, 19
Jung, Christian, Dr. (FDP)21, 59		
Kindler, Sven-Christian (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)36, 37		
Kluckert, Daniela (FDP)30		
Konrad, Carina (FDP)12, 13		

Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung

	<i>Seite</i>
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz und für Verbraucherschutz.....	3
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales.....	3
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung.....	4
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft	5
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit	6
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr und digitale Infrastruktur	8
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit	11
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Bildung und Forschung	12
Geschäftsbereich der Bundeskanzlerin und des Bundeskanzleramtes....	13
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen	13
Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern, für Bau und Heimat	14
Geschäftsbereich des Auswärtigen Amtes.....	16
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie	17

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz
und für Verbraucherschutz**

1. Abgeordnete
Claudia Müller
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
Wann ist ein erster Gesetzentwurf für die Umsetzung der Richtlinie (EU) 2019/1023 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. Juni 2019 über präventive Restrukturierungsrahmen, über Entschuldung und über Tätigkeitsverbote sowie über Maßnahmen zur Steigerung der Effizienz von Restrukturierungs-, Insolvenz- und Entschuldungsverfahren und zur Änderung der Richtlinie (EU) 2017/1132 (Richtlinie über Restrukturierung und Insolvenz) geplant, und sieht die Bundesregierung durch die Corona-Pandemie einen besonderen Handlungsbedarf für weitere Änderungen im Insolvenzrecht?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit
und Soziales**

2. Abgeordnete
Claudia Müller
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
Wie hoch ist der prozentuale Anstieg der Anzahl der Anträge von Selbstständigen für Arbeitslosengeld II seit Beginn der Corona-Pandemie im Vergleich zu den Monaten des Vorjahres, und welche Maßnahmen hat die Bundesregierung ergriffen, um wie für Bezieher und Bezieherinnen von Kurzarbeitergeld spezielle finanzielle Anreize für durch die Corona-Pandemie arbeitslosen Selbstständige in ALG I- oder ALG II-Bezug zu setzen, damit diese eine Beschäftigung in einem systemrelevanten Bereich aufnehmen?
3. Abgeordnete
Sabine Zimmermann
(Zwickau)
(DIE LINKE.)
Wie hoch war nach Kenntnis der Bundesregierung jeweils in den Jahren 2000, 2005, 2010, 2018, 2019 bundesweit die Armutsgefährdungsquote von Erwerbslosen (bitte hier für die aktuellste Angabe zusätzlich nach Ost-, Westdeutschland sowie nach Bundesländern differenzieren) und der Bevölkerung insgesamt?
4. Abgeordneter
Jens Bееck
(FDP)
Teilt das Bundesministerium für Arbeit und Soziales die Auffassung des Bundesministeriums der Finanzen in der Antwort auf meine Mündliche Frage 63, Plenarprotokoll 19/115 vom 22. April 2020, hinsichtlich der Anspruchsberechtigung von gemeinnützigen Unternehmen, beispielsweise Inklusionsfirmen, auf KfW-Hilfen, und falls nein, warum nicht?

5. Abgeordneter
Jens Beeck
(FDP)
- Hält die Bundesregierung die im Sozialdienstleister-Einsatzgesetz geregelte Zuschussgrenze von 75 Prozent des Monatsdurchschnitts für ausreichend, und aus welchen Gründen wurde die in den am 30. März 2020 veröffentlichten FAQ (www.bmas.de) formulierte Möglichkeit für eine über 75 Prozent hinausgehende Unterstützung aus den FAQ wieder gestrichen?
6. Abgeordneter
Torsten Herbst
(FDP)
- Wie viele Krankenhäuser in den Bundesländern Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen haben nach Kenntnis der Bundesregierung in den Monaten Februar bis April 2020 jeweils bei der Agentur für Arbeit Anträge auf Kurzarbeit gestellt, und wie vielen dieser Anträge wurde nach Kenntnis der Bundesregierung stattgegeben (bitte nach Monaten aufschlüsseln)?
7. Abgeordneter
Dr. Christoph Hoffmann
(FDP)
- Wie viele Beschäftigte in der Bundesrepublik Deutschland beziehen aktuell Kurzarbeitergeld, und welche Prognose zur Veränderung dieser Zahl bis Ende 2020 kann die Bundesregierung zum jetzigen Zeitpunkt abgeben?
8. Abgeordnete
Lisa Badum
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Plant die Bundesregierung, die vom Parlamentarischen Staatssekretär Marco Wanderwitz in der Fragestunde am 6. Mai 2020 (Plenarprotokoll 19/157, S. 19451 [B]) angesprochene Weiterentwicklung des Kurzarbeitergelds in ein Qualifizierungs-Kurzarbeitergeld umzusetzen, um die Corona-Krise für dringend nötige Weiterbildung in Strukturwandelregionen zu nutzen, und falls ja, wie ist der Zeitplan hierfür?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung

9. Abgeordnete
Canan Bayram
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wird die Bundesregierung – wie es zuvor andere NATO-Staaten für sich durchsetzten – von der US-Regierung nun den Abzug aller Atomwaffen aus Deutschland fordern, wie es Rolf Mützenich, der Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion, tat (siehe dazu Tagesspiegel vom 3. Mai, Druckfassung, und 4. Mai 2020: www.tagesspiegel.de/politik/maas-reagiert-auf-muetzenichs-atomwaffen-forderung-unsere-aussen-und-sicherheitspolitik-darf-nie-ein-deutscher-sonderweg-sein/25794166.html) oder wird die Bundesregierung – um weiterhin im Krisenfall amerikanische Atomwaffen mit Kampfflugzeugen der Bundeswehr zum Ziel

tragen zu können – dazu statt bisheriger Tornados künftig – wie die Bundesverteidigungsministerin und CDU-Vorsitzende Annegret Kramp-Karrenbauer ihrem US-Kollegen „schriftlich zugesichert“ haben soll (siehe dazu Tagesschau vom 22. April 2020: www.tagesschau.de/inland/bundeswehr-eurofighter-f18-103.html) – bis zu 45 US-F18 sowie bis zu 93 Eurofighter neu ankaufen?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft

10. Abgeordnete
Renate Künast
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Bundesministerien waren an der Prüfung des Bundesratsantrages zur Einführung der Videoüberwachung in tierschutzsensiblen Bereichen in Schlachthöfen (vgl. Bundesratsdrucksache 69/19) beteiligt, und welche Gründe haben die Bundesregierung dazu bewegt, dem expliziten Wunsch der Länder nach einer Verbesserung des Tierschutzes durch eben diese Maßnahme zu widersprechen (vgl. www.shz.de/deutschland-welt/wirtschaft/Vorerst-keine-verbindliche-Videoeueberwachung-in-Schlachthoefen-id28208957.html)?
11. Abgeordnete
Renate Künast
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welchen Zeitplan verfolgt die Bundesregierung, um die von der sogenannten Borchert-Kommission (dem von der Bundesregierung eingesetzten Kompetenznetzwerk Nutztierhaltung) erarbeiteten Vorschläge zu prüfen bzw. umzusetzen, und stimmt sie den dort getätigten Aussagen zu, wonach die gesellschaftliche Akzeptanz der Tierhaltung sowie Umwelterfordernisse einen grundlegenden Umbau im Sinne eines deutlich höheren Tierschutzniveaus erfordern?
12. Abgeordnete
Carina Konrad
(FDP)
- Plant die Bundesregierung in Abstimmung mit der Borchert-Kommission, Änderungen im Baurecht vorzunehmen, um den Bau von Ställen für besonders artgerechte Tierhaltung zu fördern?
13. Abgeordnete
Carina Konrad
(FDP)
- Plant die Bundesregierung die Einführung einer steuerlichen Risikoausgleichsrücklage, um die Landwirte bei einer erneut drohenden Dürre zu unterstützen?
14. Abgeordnete
Filiz Polat
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welchen Nachsteuerungsbedarf sieht die Bundesregierung zu dem am 2. April 2020 durch die Bundesministerien des Innern, für Bau und Heimat (BMI) und Ernährung und Landwirtschaft (BMEL) beschlossenen „Konzeptpapier Saisonar-

beiter im Hinblick auf den Gesundheitsschutz [Coronavirus (SARS-CoV-2)]“, und wie bewertet sie diesbezüglich die Ergebnisse der Agrarministerkonferenz vom 8. Mai 2020?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit

15. Abgeordnete
Sabine Zimmermann
(Zwickau)
(DIE LINKE.)
- Wie viele Arztpraxen verfügen derzeit nach Kenntnis der Bundesregierung bundesweit über eine oder mehr Komponenten von Barrierefreiheit und wie viele über keine (bitte in absoluten Zahlen und prozentualem Anteil an der Gesamtzahl der Arztpraxen)?
16. Abgeordnete
Annalena Baerbock
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie viele Organspendeausweise wurden im Zeitraum von Januar bis jetzt jeweils in den vergangenen fünf Jahren bei der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (BZgA) bestellt, und wie hoch waren die Aufrufe der Homepage der BZgA in diesem Zeitraum jeweils (bitte auch für den Zeitraum in den Jahren von 2016 bis 2020 aufschlüsseln)?
17. Abgeordneter
Dr. Wieland Schinnenburg
(FDP)
- Aus welchen Gründen nimmt die Bundesregierung Leistungserbringer wie Physiotherapeuten, Hebammen oder Zahnärzte bisher nicht in den Schutzschirm des Krankenhausentlastungsgesetzes auf, und warum soll dieser Schutzschirm nur für Ärzte, Psychotherapeuten und Krankenhäuser gelten?
18. Abgeordnete
Pia Zimmermann
(DIE LINKE.)
- Welche Varianten bzw. Konstruktionen sind der Bundesregierung neben der sogenannten Besuchsbbox bekannt, um Bewohnern/-innen in Altenpflegeheimen Besuche zu ermöglichen, aber gleichzeitig das Risiko der Infektion vor allem mit COVID-19 zu minimieren (www.freiepresse.de/chemnitz/mit-besuchsboxen-oeffnet-sich-ein-chemnitzer-pflegeheim-fuer-angehoerige-artikel10781330), und welche Möglichkeiten der Förderung solcher Projekte werden von ihr geprüft?
19. Abgeordnete
Pia Zimmermann
(DIE LINKE.)
- In welchen Bundesländern werden nach Kenntnis der Bundesregierung aktuell Unterstützungsleistungen für Besuchsbboxen oder ähnliche Lösungen beraten bzw. geplant, und hat die Bundesregierung Kenntnis darüber, wie viele Anträge entsprechend der Aufforderung der sächsischen Staatsministerin für Soziales und Gesellschaftlichen Zu-

sammenhalt, Petra Köpping, bislang gestellt worden sind (www.freiepresse.de/chemnitz/mit-besuchsboxen-oeffnet-sich-ein-chemnitzer-pflegeheim-fuer-angehoerige-artikel10781330)?

20. Abgeordneter
Dr. Konstantin von Notz
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Sind nach Kenntnis der Bundesregierung, auch vor dem Hintergrund, dass sich an der sogenannten „Datenspende“-App des Robert Koch-Instituts (RKI), die sensible Gesundheitsdaten aus Smartwatches und Fitness-Trackern zur Eindämmung des Coronavirus sammelt und analysiert, und laut RKI mittlerweile mehr als eine halbe Million Nutzerinnen und Nutzern sich beteiligten, die vom Chaos Computer Club (CCC) in einer Black-Box-Analyse festgestellten, weitreichenden Sicherheitsmängel bereits vollständig behoben, und zieht die Bundesregierung aus den gemachten Erfahrungen die Konsequenz, bei der Entwicklung einer „Tracing-App“ den Quell-Code von vornherein öffentlich und damit überprüfbar zu machen, um die App sicher zu gestalten und Vertrauen und Nutzerakzeptanz zu erhöhen (vgl. www.ccc.de/de/updates/2020/abofalle-datenspende)?
21. Abgeordneter
Dr. Christian Jung
(FDP)
- Wie weit ist die Entwicklung der Corona-App, und vor welchem Hintergrund glaubt die Bundesregierung, dass die Einschaltung der Unternehmen SAP und Deutsche Telekom, sich positiv auf die Entwicklung der Corona-App auswirken würde (vgl. SPIEGEL, „Telekom und SAP sollen Entwicklung übernehmen“ vom 28. April 2020; abrufbar unter: www.spiegel.de/netzwelt/apps/coronavirus-t-systems-und-sap-sollen-tracing-app-entwicklung-uebernehmen-a-2c17c96e-ba53-42ba-ace4-42cd2c3215b0)?
22. Abgeordnete
Dr. Ingrid Nestle
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Hat die Bundesregierung die Kosten von zusätzlichen Corona-Tests inklusive aller relevanten Kosten für das Hochfahren der Testkapazitäten und der Beschaffung der nötigen Reagenzien (bitte auflisten nach Steigerung der Tests auf das Doppelte, das Zehnfache, das Zwanzigfache) dem Nutzen einer erleichterten Lockerung gegenübergestellt, und wie kann nach Meinung der Bundesregierung eine stärkere Steigerung der Testkapazitäten sowie deren intensivere Nutzung bisher erreicht werden (www.handelsblatt.com/politik/deutschland/pandemie-neues-gesetzespaket-regierung-will-mit-massentests-gegen-corona-vorgehen/25759186.html?ticket=ST-5896288-PunRxobHTdRcc3OLipxP-ap5)?

23. Abgeordnete
Dr. Ingrid Nestle
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie lange würde das Hochfahren der Testkapazitäten auf das Doppelte, das Zehnfache oder das Zwanzigfache bei maximaler Geschwindigkeit dauern, und aus welchen Gründen dauert die Einführung einer Corona-Tracing-App in Deutschland noch an?
24. Abgeordneter
Stephan Brandner
(AfD)
- Ist die Bundesregierung der Auffassung, dass das Infektionsschutzgesetz in seiner Gänze als verfassungskonform anzusehen ist?
25. Abgeordneter
Stephan Brandner
(AfD)
- Ist es nach Auffassung der Bundesregierung mit der Wesentlichkeitstheorie des Bundesverfassungsgerichts zu vereinbaren, wonach wesentliche Fragen der Grundrechtsausübung und Grundrechtseingriffe durch das Parlament geregelt werden müssen, das durch das Gesetz zum Schutz der Bevölkerung bei einer epidemischen Lage von nationaler Tragweite, dem Bundesministerium für Gesundheit weitreichende Kompetenzen zum Erlass von Rechtsverordnungen eingeräumt wurden, ohne dass dabei Bundesrat oder Bundestag mitentscheiden und eine Vielzahl von Grundrechten eingeschränkt werden können?
26. Abgeordnete
Kordula Schulz-Asche
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Beabsichtigt die Bundesregierung, die Regelung im ersten Bevölkerungsschutzgesetz, wonach Pflegefachkräften die Übernahme heilkundlicher Aufgaben ermöglicht wird, zu entfristen, und welche Voraussetzungen müssen aus Sicht der Bundesregierung gegeben sein, um die Übernahme heilkundlicher Aufgaben durch Pflegefachkräfte dauerhaft gesetzlich zu verankern?
27. Abgeordnete
Kordula Schulz-Asche
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welchen Mehrwert gegenüber bereits jetzt vielfach genutzten automatisierten Kommissionierautomaten sieht die Bundesregierung in den geplanten Regelungen des 2. Bevölkerungsschutzgesetzes zum Modellvorhaben zur Abgabe von Arzneimitteln im Krankenhaus über Automaten ohne abschließende Kontrolle durch pharmazeutisches Personal?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr und digitale Infrastruktur

28. Abgeordneter
Andrej Hunko
(DIE LINKE.)
- Mit welchem Ansinnen haben sich italienische Behörden hinsichtlich der Festsetzung des deutschen Seenotrettungsschiffs „Alan Kurdi“ der Regensburger Organisation Sea-Eye an deutsche Be-

hörden gewandt („Italien setzt Rettungsschiff ‚Alan Kurdi‘ fest“, Süddeutsche Zeitung vom 6. Mai 2020), und wie bemüht sich die Bundesregierung, dass das Schiff unverzüglich wieder auslaufen kann (bitte die beteiligten Behörden und deren Maßnahmen darstellen)?

29. Abgeordneter
Torsten Herbst
(FDP)

Ist nach Kenntnis der Bundesregierung die Berichterstattung zutreffend, dass die Deutsche Bahn AG gegenwärtig „auf Bitten der Politik“ Verkehrsleistungen im Schienenpersonenfernverkehr erbringt, die sie aus eigenwirtschaftlichen Erwägungen nicht erbracht hätte, und falls ja, auf wessen Bitte und finanzieller Verantwortung wurden die teils hochdefizitären Fernverkehrsangebote der Deutschen Bahn AG veranlasst (www.spiegel.de/wirtschaft/unternehmen/corona-krise-deutsch-e-bahn-braucht-bis-zu-zehn-milliarden-euro-a-3004a6f3-c2db-4458-b5da-3b6b5d6ae19f)?

30. Abgeordnete
Daniela Kluckert
(FDP)

Welche Absprachen wurden nach Kenntnis der Bundesministerin der Justiz und für Verbraucherschutz, Christine Lambrecht, zwischen der Bundesregierung und dem bundeseigenen Konzern der Deutschen Bahn AG getroffen, um Bahnkunden, deren amtliche Ausweisdokumente während der Corona-Pandemie abgelaufen sind und durch die pandemiebedingte Schließung der Bürgerämter nicht verlängert werden konnten, weiterhin eine Nutzung der Angebote der Deutschen Bahn AG zu ermöglichen (www.bahn.de/faq/view/pk/de/buchung/olt_ausweis_id.shtml)?

31. Abgeordneter
Stefan Schmidt
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Plant die Bundesregierung gemeinsam mit den Ländern, zusätzliche Mittel zweckgebunden für den Ausgleich der finanziellen Verluste bei kommunalen und privaten Bahn- und Bus-Unternehmen im ÖPNV infolge der Corona-Krise zur Verfügung zu stellen, wie in einem Brief der Verkehrsministerinnen und Verkehrsminister der Länder an Bundesverkehrsminister Andreas Scheuer gefordert (www.tagesspiegel.de/wirtschaft/15-milliarden-fuer-den-oepnv-verkehrsminister-fordernhilfen-fuer-oeffentlichen-nahverkehr/25794660.html), und falls nein, warum nicht?

32. Abgeordneter
Matthias Gastel
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Wie hoch belaufen sich Umsatz und der Gewinn vor Zinsen und Steuern (EBIT) der DB Fernverkehr AG in den Monaten März und April 2020, und wie hoch ist der Rückgang zu den Vorjahresmonaten März und April 2019?

33. Abgeordneter
Matthias Gastel
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Mit welchen zusätzlichen Einnahmen rechnet die Bundesregierung durch den im Klimaschutzprogramm 2020 beschlossenen CO₂-Aufschlag auf die Lkw-Maut im Jahr 2023 (www.bundesfinanzministerium.de/Content/DE/Pressemitteilungen/Finanzpolitik/2019/10/2019-10-02-PM-Klimaschutz.html), und wäre eine Befreiung von Erdgas-Lkw von der Lkw-Maut im Jahr 2023 möglich, wenn der CO₂-Aufschlag auf die Lkw-Maut, wie von der Bundesregierung geplant, im Jahr 2023 eingeführt worden ist?
34. Abgeordneter
Stephan Kühn
(Dresden)
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Aus welchem Grund wurde das bereits im Masterplan Ladeinfrastruktur der Bundesregierung vom November 2019 angekündigte Förderprogramm für private Ladestationen für Elektrofahrzeuge in Höhe von bis zu 50 Mio. Euro bis heute nicht gestartet, und welche konkrete Ausgestaltung wird das Programm besitzen (z. B. Programmstart, Laufzeit, berechnete Antragsteller und Förderhöhen)?
35. Abgeordneter
Stephan Kühn
(Dresden)
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie viele Schreiben, in denen Fahrzeughalter auf ein beigefügtes Informationsschreiben von Automobilherstellern zu einem Software-Update hingewiesen werden, hat das Kraftfahrt-Bundesamt (KBA) seit dem 1. Januar 2019 verschickt (vgl. Schreiben des KBA vom April 2020 mit beigefügtem Schreiben der Mercedes-Benz AG; bitte aufschlüsseln nach Automobilherstellern), und inwiefern regt das KBA gegenüber Automobilherstellern an, auch entsprechende Schreiben zu versenden, um auf Möglichkeiten von Hardware-Nachrüstungen hinzuweisen (bitte ggf. ebenfalls unter Nennung der Anzahl bereits verschickter Schreiben)?
36. Abgeordneter
Sven-Christian Kindler
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Aus welchen Gründen hat die Bundesregierung bei der Auswahl des Standortes für das geplante Deutsche Zentrum Mobilität der Zukunft darauf verzichtet, andere Standorte neben dem Standort München systematisch und anhand objektiver und transparenter Kriterien in einem ergebnisoffenen Standortauswahlprozess zu prüfen und zu bewerten (DER SPIEGEL vom 2. Mai 2020, Ausgabe Nr. 19)?
37. Abgeordneter
Sven-Christian Kindler
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche deutschen Städte/Regionen verfügen nach Kenntnis der Bundesregierung über digitale Testfelder für Anwendungen und Prozesse im Bereich Mobilität/Verkehr, eine wettbewerbsstarke Industriestruktur und eine exzellente Wissenschaftslandschaft, und aus welchen Gründen wurden diese Städte/Regionen nicht für eine Vorauswahl ei-

nes Standort- und Konzept-Wettbewerb zur Vergabe des Deutschen Zentrums Mobilität der Zukunft berücksichtigt?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt,
Naturschutz und nukleare Sicherheit**

38. Abgeordneter
Dr. Anton Friesen
(AfD) Wie schätzt die Bundesregierung die Gefährlichkeit der seit Anfang April 2020 wütenden Brände um das ukrainische Atomkraftwerk Tschernobyl für Deutschland und Europa ein (www.n-tv.de/mediathek/videos/panorama/Brand-bei-Tschernobyl-erreicht-bewohnte-Gebiete-article21753514.html)?
39. Abgeordnete
Sylvia Kotting-Uhl
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN) Kann die Bundesregierung nach ihren Kenntnissen bestätigen, dass im Februar und im Mai 2020 jeweils eine im Herbst 2018 stattgefundenen Explosion bei einem der Notstrom-Dieseldieselgeneratoren (vgl. <https://kurier.at/chronik/welt/akw-mochovce-video-zeigt-explosion-in-notstromaggregat/400766802> und www.umweltinstitut.org/aktuelle-meldungen/meldungen/2020/atom/explosion-im-atomkraftwerk-mochovce-3.html?utm_source=CleverReach&utm_medium=email&utm_campaign=Newsletter+-+05.03.2020_NiT_olA&utm_content=Mailing_7475958) und der wiederholte betrügerische Einsatz von Rohrleitungen minderwertiger Qualität (vgl. Meldung der tschechischen Atomaufsicht: [www.ujd.gov.sk/ujd/www1.nsf/\\$All/66676A1170046E12C125855E003ABE9E](http://www.ujd.gov.sk/ujd/www1.nsf/$All/66676A1170046E12C125855E003ABE9E)) an der Baustelle des Atomkraftwerkes Mochovce 3 und 4 aufgedeckt wurden, und räumt das durch Notenwechsel vom 24. März 1993 für Deutschland und die Slowakei bilateral fortgeltend erklärte Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Tschechischen und Slowakischen Föderativen Republik zur Regelung von Fragen gemeinsamen Interesses im Zusammenhang mit kerntechnischer Sicherheit und Strahlenschutz der Bundesregierung das Recht ein, nach weiterführenden Informationen zu diesen und anderen Unregelmäßigkeiten beim Bau zu fragen?
40. Abgeordnete
Lisa Badum
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN) Wann wird der Kabinettsausschuss Klimaschutz (Klimakabinett) (www.bundesregierung.de/breg-de/aktuelles/klimaschutz-hat-oberste-prioritaet-1599534) das nächste Mal zusammenkommen, und wird das ressortübergreifende Gremium die Erar-

beitung ökologischer Leitlinien für das Corona-Konjunkturprogramm der Bundesregierung verschieden?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Bildung und Forschung

41. Abgeordneter
Kai Gehring
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Was umfasst das „große Sonderprogramm zur Sicherung von Produktionskapazitäten für einen künftigen Impfstoff gegen COVID-19“ (Handelsblatt, 4. Mai 2020, www.handelsblatt.com/politik/deutschland/corona-medikamente-forschungsministerin-will-produktionskapazitaeten-fuer-impfstoffe-sichern/25799078.html?ticket=ST-3496192-9wzCnlhDIWkXLjO9KXvB-ap1) (bitte neben inhaltlichem Zuschnitt auch finanziellen Umfang, Laufzeit und adressierte Unternehmen nennen), und warum ist dieses dezidiert „rein national“ (s. o.) und nicht europäisch angelegt, obwohl die Bundesforschungsministerin Anja Karliczek selbst vor „nationalen Alleingängen“ warnt (www.bmbf.de/de/impfstoffentwicklung-keine-nationalen-alleingaenge-11221.html)?
42. Abgeordneter
Kai Gehring
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie werden die von Deutschland bei der internationalen Geberkonferenz der EU-Kommission zur Bekämpfung des Coronavirus vom 4. Mai 2020 zugesagten 525 Mio. Euro nach Kenntnis der Bundesregierung auf die verschiedenen inhaltlichen Bereiche aufgeteilt (jeweils Höhe benennen für Impfstoffforschung, Entwicklung von Behandlungsmethoden, Diagnostika und gegebenenfalls nach Kenntnis der Bundesregierung weitere), und welche Schlussfolgerungen zieht die Bundesregierung aus der Aussage von EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen, dass die Geberkonferenz nicht den Abschluss der Finanzierungsanstrengungen, sondern der „Start unseres Marathons“ (www.cdu.de/corona/milliarden-fuer-forschung) darstellte?

Geschäftsbereich der Bundeskanzlerin und des Bundeskanzleramtes

43. Abgeordnete
Nicole Höchst
(AfD)
- Was versteht die Bundesregierung unter „Transformation“, wie von der Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel auf dem Welt-Wirtschaftsforum am 23. Januar 2020 in Davos geäußert, und welche Maßnahmen will sie ergreifen, um die Transformation durchzuführen (www.dw.com/de/merkel-transformationen-von-gigantischem-historischem-ausma%C3%9F/av-52128206)?
44. Abgeordneter
Johannes Huber
(AfD)
- Auf welcher rechtlichen Grundlage finden die Bund-Länder-Konferenzen statt, und inwiefern kann die Bundesregierung einen verbindlichen Einfluss (www.zdf.de/nachrichten/politik/coronavirus-lockerungen-beschlussvorlage-bund-laenderkonferenz-100.html) auf die Umsetzung der beschlossenen Inhalte in den einzelnen Bundesländern ausüben?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen

45. Abgeordnete
Canan Bayram
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Warum will die Bundesregierung Vergütungsbedingungen für Hilfen an Unternehmen wegen COVID-19 nur in einer Rechtsverordnung statt direkt in einem Gesetz regeln lassen, obwohl dies rechtlich schon bei der Finanzkrise 2008 nicht reichte bezüglich von Finanzunternehmen (durch § 5 Absatz 2 Nr. 3 – 5 FMStV vom 20. Oktober 2008), sodass der Deutsche Bundestag dies zwei Jahre später im Gesetz selbst konkretisieren musste (in § 10 Absatz 2a – d FMStFG durch Artikel 4 des Gesetzes vom 9. Dezember 2010, BGBl. I S. 1900: „darf die monetäre Vergütung der Organmitglieder und Angestellten jeweils 500 000 Euro pro Jahr nicht übersteigen. Variable Vergütungen sind nicht zulässig.“), und warum will die Bundesregierung – statt konkreter Obergrenzen für alle Mitarbeiter sowie jegliche Vergütungsteile – nun offenbar nur die Auszahlung allein unspezifiziert freigiebiger Vergütungsteile sowie nur von Vorständen oder anderen Organmitgliedern bloß zeitweise sperren (vgl. Antwort der Bundesregierung auf meine Mündliche Frage 64 am 22. April 2020, StenProt. S. 19.289 A)?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern,
für Bau und Heimat**

46. Abgeordnete
Martina Renner
(DIE LINKE.)
- Erkennt die Bundesregierung den am 1. April 2018 in Bergisch-Gladbach in Folge eines Angriffs verstorbenen B. A. als Todesopfer rechter Gewalt an (www.general-anzeiger-bonn.de/news/panorama/tod-durch-pfefferpistole-fremdenfeindliches-motiv-geprueft_aid-43789147)?
47. Abgeordneter
Thomas Seitz
(AfD)
- Wie viele nachrichtendienstliche Bearbeitungen werden zur Beobachtung sogenannter Verdachts- bzw. Prüffälle durch das Bundesamt für Verfassungsschutz aktuell nach Kenntnis der Bundesregierung durchgeführt (bitte aufschlüsseln nach den zehn wichtigsten Beobachtungsschwerpunkten)?
48. Abgeordneter
Thomas Seitz
(AfD)
- Wie viele Asylanträge wurden in den vergangenen sechs Monaten in der Bundesrepublik Deutschland gestellt (bitte monatlich aufschlüsseln)?
49. Abgeordnete
Ulla Jelpke
(DIE LINKE.)
- Wie lang waren die Asylverfahrensdauern im Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) im Gesamtjahr 2019 bzw. im bisherigen Jahr 2020 (bitte jeweils differenzieren nach durchschnittlicher Verfahrensdauer, Verfahrensdauer Neuverfahren ab 1. Januar 2017, Jahresverfahrensdauer, Verfahrensdauer bis zur rechtskräftigen Entscheidung, Verfahrensdauer in Ankerzentren und funktionsgleichen Einrichtungen, Verfahrensdauer für beschleunigte Verfahren nach § 30a des Asylgesetzes, Verfahrensdauer für Dublin-Verfahren und Verfahrensdauer ohne Dublin-Verfahren), und inwieweit wird das Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat das BAMF anweisen, ablehnende Bescheide, gegen die Klage erhoben wurde, unter Berücksichtigung des Klagevorbringens intern noch einmal zu überprüfen und gegebenenfalls abzuändern, um die Verwaltungsgerichte wirksam zu entlasten und damit immer länger dauernde Gerichtsverfahren (vgl. Bundestagsdrucksache 19/18498, Antwort zu Frage 16) zu verkürzen, was nach meiner Auffassung insbesondere bei afghanischen, iranischen und eritreischen Flüchtlingen wichtig wäre, weil bei diesen Herkunftsländern die Aufhebungsquoten durch die Verwaltungsgerichte bei inhaltlicher Prüfung im Jahr 2019 bei 48,7 Prozent, 44,4 Prozent bzw. 38 Prozent lagen und damit überdurchschnittlich hoch waren (vgl. ebd.; bitte begründen)?

50. Abgeordnete
Ulla Jelpke
(DIE LINKE.)
- Welche Schlussfolgerungen zieht die Bundesregierung aus dem Gutachten der Wissenschaftlichen Dienste des Deutschen Bundestages (WD 3 – 3000 – 108/20, veröffentlicht u. a. hier: www.ulla-jelpke.de/wp-content/uploads/2020/05/WD-3-108-20-Ausreiseuntersagungen-Infektionsschutz.pdf), demzufolge sich die vom Bundesinnenministerium verhängte weitgehende Beschränkung der Ausreise deutscher Staatsbürger nach Österreich, Schweiz, Frankreich, Luxemburg, Dänemark, Italien und Spanien nicht auf die vom Bundesinnenministerium in der Antwort auf meine Schriftliche Frage 3/332 genannte Rechtsgrundlage (§ 10 Absatz 1 Satz 2 i. V. m. § 7 Absatz 1 Nr. 1, 3. Alternative Passgesetz) stützen könne, weil das Passgesetz Ausreiseuntersagungen sowohl vom Wortlaut her als auch rechtshistorisch nur gegenüber Einzelpersonen erlaube, bei denen aufgrund gerichtsverwertbarer Erkenntnisse eine individuelle Gefährdung erheblicher Belange Deutschlands angenommen werden könne, was aber keine allgemeine Ausreiseuntersagung für Reisen ohne triftigen Grund erlaube und zudem angesichts der Eindämmungsmaßnahmen im Ausland auch von Rückkehrern kein signifikant erhöhtes Infektionsrisiko ausgehe, und inwiefern unterliegen Ausreisende (d. h. spätere Rückkehrer) nach Einschätzung der Bundesregierung in den betroffenen Staaten einem nachweisbar erhöhten Infektionsrisiko (bitte Nachweise konkret benennen)?
51. Abgeordneter
Andrej Hunko
(DIE LINKE.)
- Welche wissenschaftliche Evidenz für die Effekte von Schließungen bzw. Kontrollen der Binnengrenzen zur Pandemie-Bekämpfung und damit der Missachtung entsprechender Empfehlungen der Weltgesundheitsorganisation, die ausdrücklich von Reisebeschränkungen abrät, ist der Bundesregierung bekannt („Reisebeschränkungen – Mehr Schaden als Nutzen?“, tagesschau.de vom 6. Mai 2020), und wie überprüft die Bundesregierung, ob die vom Bundesinnenminister Horst Seehofer eingeführten und mehrmals verlängerten Kontrollen tatsächlich die Infektionsgefahren durch das neue Coronavirus eindämmen konnten, indem sie Infektionsketten unterbrochen haben?
52. Abgeordneter
Oliver Luksic
(FDP)
- Wie bewertet die Bundesregierung jeweils die aktuellen Grenzschießungen gegenüber Frankreich und Luxemburg in Bezug auf die Verhältnismäßigkeit dieser Maßnahmen, insbesondere im Hinblick auf den gleichzeitigen Umgang allein mit stichprobenartigen Kontrollen an den Grenzen zu Belgien und den Niederlanden?

53. Abgeordnete
Sylvia Kotting-Uhl
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welcher Art von Einsatzkräften (wie z. B. Polizei- und Feuerwehrdienste) wurden auf Bundes- und Länderebene für die Sicherung des Transports von abgereichertem Uran aus der Urananreicherungsanlage in Gronau nach Russland am 6. April 2020 insgesamt auf deutschem Staatsgebiet bereitgestellt (bitte die jeweilige Anzahl der Art von Einsatzkräften aufschlüsseln), und kann die Bundesregierung bestätigen, dass der Zielort Novouralsk zu den russischen nuklearen Städten gehört, die Rosatom-Generaldirektor Likhachev Ende April 2020 als von der Corona-Pandemie besonders gefährdet erklärt hat (vgl. www.nti.org/analysis/articles/russias-ten-nuclear-cities/ und www.theguardian.com/world/2020/apr/28/concern-as-coronavirus-threatens-russias-closed-nuclear-cities/)?

Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts

54. Abgeordneter
Dr. Anton Friesen
(AfD)
- Welche christenfeindlichen Übergriffe und Sachbeschädigungen (Schändungen von Kirchen, Ikonen und Kreuzen) sind der Bundesregierung auf der griechischen Insel Lesbos bekannt (<https://hoolam.de/artikel/Europa/40396/Griechen-schockiert-Aggressive-Migranten-auf-Lesbos-erwuesten-ort-hodoxe-Kirche.html>)?
55. Abgeordnete
Filiz Polat
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Inwieweit wird die Bundesregierung im Rahmen der kommenden EU-Ratspräsidentschaft und dem EU-Afrika-Gipfel welche der Empfehlungen des am 28. April 2020 veröffentlichten Jahresgutachten „Gemeinsam gestalten: Migration aus Afrika nach Europa“ des Sachverständigenrates deutscher Stiftungen für Integration und Migration aufgreifen, insbesondere mit dem Fokus auf die Schaffung und Vereinfachung existierender legaler Einwanderungswege aus Afrika in die EU?
56. Abgeordnete
Heike Hänsel
(DIE LINKE.)
- In welcher Weise und wo genau hat die Bundesregierung bisher dazu beigetragen, dass es atomare Abrüstungsschritte bei der NATO gibt (www.spiegel.de/politik/deutschland/heiko-maas-gegen-deutschen-sonderweg-bei-atomwaffen-a-52e164f1-5f3a-4d84-8e31-357df9432a18)?
57. Abgeordnete
Heike Hänsel
(DIE LINKE.)
- Verfügt die Bundesregierung über konkrete Hinweise über Verletzungen international üblicher Sicherheitsstandards der Schutzstufe 4 durch das Wuhan Institute of Virology (www.handelsblat.com/politik/international/five-eyes-westliche-ge)?

heimdienste-streiten-ueber-corona-ursprung/25797560.html?ticket=ST-4115991-5feiW47NyIgoUZjMdjTJ-ap3; www.manager-magazin.de/politik/weltwirtschaft/coronavirus-geheimdienst-allianz-five-eyes-erhebt-schwere-vorwuerfe-gegen-china-a-1306725.html), und kann die Bundesregierung einen künstlichen Ursprung des neuartigen Coronavirus SARS-CoV-2 auf Basis wissenschaftlicher Erkenntnisse inzwischen ausschließen?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie

58. Abgeordnete
Annalena Baerbock
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Konsequenzen zieht die Bundesregierung aus dem sogenannten Tenor der Bundesnetzagentur, wonach die geplante Gaspipeline Nord Stream 2 nicht die Voraussetzungen auf Grundlage des Energiewirtschaftsgesetzes für eine Freistellung der Regulierung erfüllt (siehe www.berliner-zeitung.de/wirtschaft-verantwortung/nord-stream-2-russisches-spezialschiff-erreicht-die-ostsee-l-i.82634), und welche Schlussfolgerungen zieht sie aus den US-Sanktionen, wodurch seit Dezember 2020 die Arbeiten an der Pipeline still stehen?
59. Abgeordneter
Dr. Christian Jung
(FDP)
- Welche Maßnahmen plant die Bundesregierung, um Schausteller und Marktkaufleute konkret zu unterstützen und das Aussterben dieses Kulturguts zu verhindern (vgl. [rp-online](https://rp-online.de/nrw/staedte/kevelaer/schausteller-in-der-region-wegen-corona-vor-dem-aus_aid-50378223), „Schausteller in der Region wegen Corona vor dem Aus“ vom 5. Mai 2020; abrufbar unter: https://rp-online.de/nrw/staedte/kevelaer/schausteller-in-der-region-wegen-corona-vor-dem-aus_aid-50378223)?
60. Abgeordneter
Stefan Schmidt
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Plant die Bundesregierung, die coronabezogenen Kreditprogramme der KfW (KfW-Schnellkredit 2020 und KfW-Unternehmerkredit) auch für kommunale Unternehmen zu öffnen, und wenn nicht, plant sie alternative Liquiditätshilfen oder Entlastungen zu schaffen, um die Folgen des coronabedingten Lockdowns bei den kommunalen Unternehmen abzufedern?
61. Abgeordneter
Oliver Luksic
(FDP)
- Plant die Bundesregierung eine Verlängerung der Antragsfristen für Soforthilfen, um diejenigen Selbstständigen zu unterstützen, die erst mit Verzögerungen in Liquiditätsschwierigkeiten kommen, da sie erst nachlaufend ihre Leistung in

Rechnung stellen, wie z. B. viele Freiberufler, und wenn ja, bis wann sollen diese Fristen verlängert werden?

